

Sehr geehrte Damen und Herren des Eitorfer Gemeinderates, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Lassen Sie uns zuerst einen Blick auf das gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Umfeld werfen, bevor wir unsere Eitorfer Situation und den Haushaltsentwurf für 2013/2014 näher betrachten.

Im Kölner Stadtanzeiger war am 08. September 2012 unter der Rubrik „Worte der Woche“ ein Zitat unseres von mir ansonsten sehr geschätzten Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble zu lesen:

„Wenn die Politik nicht schnell genug ist für die Märkte, müssen die Märkte warten.“ Soweit das Zitat. Klingt im ersten Hören oder Lesen logisch. Schließlich gilt doch das Primat der (demokratisch legitimierten) Politik. Trotzdem bleiben für mich Fragen:

Was heißt denn „die Märkte“? Gemeint sind wohl die Finanzmärkte, das Zitat fiel ja im Zusammenhang mit der Schuldenkrise. Und auf die Finanzmärkte sind ja viele Menschen im Zusammenhang mit eben dieser Schuldenkrise nicht gut zu sprechen, da mag solch eine Aussage vielleicht gut ankommen. Doch fragen wir weiter: Was sind denn die Finanzmärkte genau, welche Mechanismen verbergen sich dahinter?

Veranschaulichen wir es an einem Beispiel: Ein Staat, das kann Deutschland sein, das kann auch Griechenland sein, gibt über Jahrzehnte mehr Geld aus als er von seinen Bürgern an Steuern einnimmt. Das fehlende Geld leiht sich der Staat von Menschen, die von Ihrem durch harte Arbeit erworbenen Geld etwas für die Zukunft sparen möchten. Das funktioniert etwas vereinfacht so, dass der Staat, bzw. die im Auftrag des Staates handelnden Personen bei den Sparern anfragen, ob diese bereit sind, dem Staat Geld zu leihen und zu welchem Preis, sprich Zinssatz. Dieses „Anfragen“ und dann auch Umsetzen des Geldverleihgeschäftes findet an Finanzmärkten statt. **Was dabei oft vergessen wird: Es gilt der Grundsatz der Freiwilligkeit, bzw. der freien Entscheidung der Marktteilnehmer.**

Wenn ich **als freier Bürger** und Sparer für mich zu der Ansicht komme, mein Ersparnis ist in Staatshänden nicht gut aufgehoben und ich dann für mich die Entscheidung treffe, einem Staat, sei es Griechenland oder auch Deutschland, kein Geld mehr zu leihen, **dann treffe ich diese Entscheidung wann ich will und nicht, wann Herr Schäuble meint, dass ich als Marktteilnehmer die Entscheidung treffen darf!** Und alle anderen freien Bürger und Marktteilnehmer haben jederzeit das gleiche Recht, für sich zu entscheiden, einem Staat kein Geld mehr zu leihen! **Da wartet niemand auf die Politik, wenn diese nicht schnell genug ist, Herr Bundesfinanzminister!**

Irgendwann ist eben der Zeitpunkt erreicht, an dem staatliche Wohltaten (wie z.B. ein Kinderbetreuungsgeld oder ein beitragsfreies Kindergartenjahr oder ein den Steuerzahler Millionen kostendes Projekt „Chance Natur“) auf Kredit nicht mehr finanzierbar sind, weil kaum noch ein Marktteilnehmer bereit ist, seine mühsam erworbenen Spargroschen dem Staat zu leihen. **Aufgabe der Politik ist es, dies zu erkennen und diese vermeintlichen Wohltaten eben nicht zu beschließen!** Doch alle Erfahrung lehrt, dass es die Politik anscheinend nicht erkannt hat.

Die Stabilität von demokratischen Gesellschaften wird davon abhängen, ob und wie es diesen Gesellschaften gelingt, mit dem in der Gegenwart Erwirtschafteten auszukommen. D.h. wir müssen anstreben, keine ungedeckten Wechsel auf die Zukunft mehr zu ziehen. Um es gleich vorwegzunehmen, wir werden dieses Ziel mit dem Eitorfer Haushalt so schnell leider auch nicht erreichen!

Doch ehe wir hier vorschnell „Politikerschelte“ betreiben (was ja vielleicht sogar ein wenig in Mode zu sein scheint), müssen wir uns als Bürgerinnen und Bürger dieser Gesellschaft wohl erst mal selber fragen, ob wir die richtigen Erwartungen an die Gesellschaft im Allgemeinen und an die Politik im Besonderen haben. **Müssen wir uns da nicht eingestehen, dass wir von der öffentlichen Hand oftmals mehr fordern, als diese zu leisten imstande ist?**

Diese Gedanken möchte ich an einem Beispiel hier aus Eitorf erläutern: **Die alte Fußgängerbrücke ganz am Unterlauf des Eipbaches ist in die Jahre gekommen.** Angesichts der begrenzten Verkehrsbedeutung (die nächsten

Brücken über den Eipbach sind in unmittelbarer Nähe am Eichelkamp und am neuen Siegauenplatz) erscheint mir eine Sanierung auf Kosten neuer Schulden für unser Gemeinwesen nicht tragbar. Natürlich gibt es betroffene Bürger, die von der Allgemeinheit, also der Gemeinde erwarten, dass die Brücke nicht abgerissen (und stattdessen womöglich teuer saniert) wird. Und natürlich gibt es Politiker im Eitorfer Gemeinderat, die dieser Erwartungshaltung entsprechen. Folglich wurde der Abriss nicht beschlossen. Der von uns beauftragte Gutachter hat festgestellt, dass dieses alte Bauwerk nicht mehr verkehrssicher ist. Folglich habe ich die Brücke sperren lassen müssen.

Liebe Leute, wenn wir es hier bei uns schon nicht schaffen, den Kreis aus überzogenen Erwartungen einerseits und fehlendem Mut andererseits, nämlich den fehlenden Mut, diesen überzogenen Erwartungen entgegenzutreten, zu durchbrechen, dann werden wir sehr bald dort landen, wo Griechenland und Zypern jetzt schon sind! Dann wird sich die Verschuldungssituation dermaßen zuspitzen, dass niemand mehr bereit sein wird, diese überzogenen Erwartungshaltungen seriös zu finanzieren.

Übrigens, wem diese deutlichen Worte nicht passen, den lade ich herzlich dazu ein, für das Amt der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters zu kandidieren und glaubhaft und nachvollziehbar darzulegen, wie sie oder er es besser machen will. Die nächste Bürgermeisterwahl ist im September 2015. **Mein Programm für diese Wahl wird sehr einfach, dafür unpopulär sein: Überzogenen Erwartungshaltungen entgentreten.** Punkt.

Kommen wir jetzt zum Eitorfer Haushalt.

Unsere finanzielle Lage hat sich dermaßen verschlechtert, dass wir gem. § 76 Abs. 1 Gemeindeordnung ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen haben. Die Historie und die vielfältigen Ursachen dieser Entwicklung können Sie ausführlich im entsprechenden Bericht des Kämmerers nachlesen. Ein paar wesentliche Punkte seien hier herausgegriffen:

Vielfach haben übergeordneter Behörden bzw. der Gesetzgeber für uns gültige Vorschriften verschärft. Insbesondere einzelne Ereignisse führten in letzter Zeit

zu neuen allgemein gültigen Regelungen und in der Folge bei uns zu erheblichen Mehrkosten.

Beispiele: Der Brand im Düsseldorfer Flughafen vor einigen Jahren führte zu verschärften Brandschutzanforderungen, die letztendlich in Eitorf zu erheblichen Kosten im Haushalt 2013 (Stichwort: Brandschutz Gymnasium) führen. Die Katastrophe bei der „Love Parade“ in Duisburg führte zu höheren Sicherheitsanforderungen bei Großveranstaltungen. So muss seither z.B. ein Sicherheitskonzept für die Eitorfer Kirmes erstellt werden oder muss z.B. der Rosenmontagszugweg teilweise mit Gittern abgesichert werden. Dies alles ist mit zusätzlichen Kosten verbunden.

Unser Gemeindehaushalt wird weiterhin belastet durch die Beteiligung der Kommunen am Solidarpakt Deutsche Einheit, durch den Wegfall der Kostenerstattung für abgelehnte Asylbewerber, durch Mehrkosten bedingt durch die Einführung des Neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF) (Mehrarbeit in der Buchhaltung und gesetzliche vorgeschriebene Prüfungen durch Wirtschaftsprüfer). Belastungen ergeben sich ferner durch Änderungen beim Verteilungsmodus im Gemeindefinanzierungsgesetz (Umverteilung vom kreisangehörigen Raum in den kreisfreien Raum). Angemerkt sei, dass die strukturelle Unterfinanzierung des kreisangehörigen Raumes insbesondere vom Städte- und Gemeindebund beklagt wird, wir also hier nicht alleine stehen.

Ein gravierendes Problem verdient unsere besondere Aufmerksamkeit:

Die Fallzahlen für Eitorf im Bereich der ambulanten und teilstationären Hilfen zur Erziehung sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Im Jahre 2009 hatten wir noch umgerechnet 30,8 Fälle je 1000 Jugendeinwohner zu verzeichnen, im Jahre 2011 lagen wir bereits bei 56,5 Fällen je 1000 Jugendeinwohner. Dies führt zwangsläufig zu einer nicht mehr seriös zu finanzierenden Jugendamtsumlage.

Ursache dieser gesellschaftlichen Fehlentwicklung sind brüchige Familienstrukturen, Isolation, Verschuldung, Überforderung sowie zunehmende psychische Erkrankungen bei Eltern und Kindern. Der Generalanzeiger schrieb am 10. März 2013: „Günstiger Wohnraum zieht auch sozial belastete Familien aus den Ballungszentren an.“ Dies scheint inzwischen ein bundesweiter Trend zu

sein: So schreibt die Süddeutsche Zeitung am 27. März 2013: „Die Mieten werden immer teurer, vor allem wegen der Nebenkosten. Viele Deutsche planen deswegen einen Umzug um Geld zu sparen. ... Beim Vermittlungsportal Immobilienscout24 heißt es, man bemerke bereits seit einiger Zeit, dass viele Wohnungssuchende in andere, billigere Lagen ausweichen würden.“

Offensichtlich ziehen nach Eitorf verstärkt sozial schwache Menschen. Da die Bevölkerungszahl aber in Eitorf aber insgesamt stagnierend bis leicht rückläufig ist, ergibt sich eine zunehmend problematische Bevölkerungsstruktur. Wir haben es mit gesamtgesellschaftlichen Verwerfungen und Änderungen in den Lebensverhältnissen zu tun, die in Eitorf verstärkt auftreten, aber kein reines Eitorfer Problem sind. Die damit für Eitorf verbundenen stark steigenden Kosten sprengen sowohl unsere Möglichkeiten als auch die Leistungsfähigkeit aller im Jugendamtsverbund verbliebenen Kommunen.

Trotzdem sind wir aufgefordert, unseren Beitrag zum Erhalt unserer Handlungsfähigkeit zu leisten. Konkret bedeutet das, dass wir innerhalb eines 10-Jahreszeitraumes einen AUGEGLICHTENEN Haushalt vorlegen müssen, im Jahre 2023 also KEINE neuen Schulden mehr machen dürfen. Nur dann besteht Aussicht auf Genehmigung unseres Haushaltes! Dies zu erreichen, wird einige „Grausamkeiten“ erfordern. Schweren Herzens schlage ich folgende Maßnahmen vor:

1. Kurzfristige Maßnahmen:

- Reduzierung der Personalkosten durch Reorganisation der Gemeindeverwaltung Eitorf in mehreren Schritten (Stichwort: Zielkonzept 2023). Dazu gehören folgende Punkte:
- Abschaffung der Abteilungsleiterebene / Übergang zur reinen Produktverantwortlichkeit.
- Zusammenfassung von Ämtern in mehreren Schritten (Vorgesehen ist zuerst die Zusammenlegung des Ordnungsamtes mit dem Amt für Kultur, Marketing und Tourismus (Amt 40); siehe auch langfristige Maßnahmen).
- Zusammenlegung von Aufgabenbereichen.
- Verzicht auf die Fremdvergabe des Datenschutzbeauftragten, Wahrnehmung der Aufgabe durch eigenes Personal.

- Reduzierung der Personalkosten durch Senkung der Arbeitszeit im Aufgabenbereich Heimatarchiv.
- Reduzierung der Personalkosten durch Umstrukturierung der Öffnungszeiten des Rathauses ab dem 1. Juni 2013.
- Beibehaltung der Sparmaßnahmen aus den Vorgängerhaushalten. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass z.B. die Kreisverwaltung des Rhein-Sieg-Kreises ab 2013 eine Einführung von Leistungszulagen für Beamte vorsieht, während diese in Eitorf seit 2012 im Zuge der Sparmaßnahmen nicht mehr ausgezahlt werden können.
- Im Rahmen notwendigen Sparmaßnahmen gibt es auch eine erfreuliche Mitteilung zu machen: Mit Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes können Kinder mit Leistungsanspruch einen Zuschuss zum Mittagessen in der Offenen Ganztagschule aus dem Landesfonds erhalten. Von daher entfällt der gemeindliche Zuschuss in Höhe von 0,50 Euro je Essen ab dem nächsten Schuljahr. Ab 2014 wird der Gemeindehaushalt um jährlich 14.000 Euro entlastet.

Wir alle müssen uns bewusst sein, dass mit dem beschriebenen Maßnahmenpaket eine Reduzierung der Leistungsfähigkeit einhergeht. Insbesondere die Aufgaben des von der Zusammenlegung betroffenen Amtes 40 werden zwangsläufig nicht mehr im gewohnten (und sicherlich auch wünschenswerten) Umfang fortgeführt werden können. Das ist bedauerlich, jedoch angesichts unserer Zwangslage leider nicht zu ändern. Auch hier gilt: Die Erwartungshaltung etwas zu dämpfen, könnte hilfreich sein!

2. Mittelfristige Maßnahmen (2014 – 2016)

- Reduzierung der Personalkosten durch Aufgabe der ergänzenden Rentenberatung im Rathaus Eitorf.
- Weitere Restrukturierung der Gemeindeverwaltung (Zielkonzept 2023): Umstellung auf Fachbereiche.
- Schrittweise Anhebung von Grundsteuern und Gewerbesteuern in den Jahren von 2015 bis 2023.

- Anhebung der Vergnügungssteuer auf Automaten von 10 % auf 12 % ab 2018.
- Anhebung der Parkgebühren ab 2019.

3. Langfristige Maßnahmen ab 2017

- Schließung und Verkauf des Bürgerzentrums Eitorf nach 2017.
- Aufgabe des Standorts Siegstraße der Gemeindebibliothek bei gleichzeitiger Optimierung des Angebotes bzw. Umstrukturierung der Bibliothek ab 2022.
- **Erhalt des Hermann-Weber-Bades und Sanierung**, aber: Anhebung der Eintrittsgelder für das Hermann-Weber-Bad nach der Sanierung ab 2019.
- Teilweise Refinanzierung der Sanierung des Hermann-Weber-Bades durch das Abführen von Überschüssen der Gemeindewerke Eitorf in den Jahren 2017 – 2019
- Reduzierung der Personalkosten durch Zusammenfassung der beiden Querschnittsämter Hauptamt und Amt für Finanzen (Einsparung einer Amtsleiterstelle).

Mit diesen schmerzlichen Maßnahmen, wird es uns möglich sein, die Genehmigungsfähigkeit unseres Haushaltssicherungskonzeptes und somit ein Minimum an Handlungsfähigkeit zu erreichen.

In diesem Rahmen können wir uns folgende Ziele setzen:

Ziel 1: Langfristige Wahrung eines optimierten Kerns an Infrastruktur

Als grundsätzlich erhaltenswert sehe ich sämtliche Schul- und Kindergartenstandorte. Sollte sich die derzeitige Entwicklung der Schülerzahlen verstetigen, besteht allerdings mittel- bis langfristig Handlungsbedarf. Gegebenenfalls ist dann über die Bildung von Teilstandorten bei den Grundschulen nachzudenken. Ferner sollen die Sportstätten in ihrer Zahl und Güte erhalten werden. Langfristig zur Diskussion steht hingegen der Standort der Gemeindebibliothek. Das Bürgerzentrum in der Bahnhofstraße steht ebenfalls auf dem Prüfstand. Ferner sollen unwirtschaftliche Mietobjekte abgegeben werden. Bauhof und Feuerwehr sollen an einem anderen Standort neu errichtet werden.

Zur Infrastruktur dieser Gemeinde gehört auch das beliebte Hermann-Weber-Bad. Dieses bedarf dringend der Sanierung, wobei für die Jahre 2017 bis 2019 ein Kostenrahmen von insgesamt 6 Mio. Euro angesetzt ist. Die Alternative wäre die Schließung, die niemand von uns möchte. Mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 bzw. mit dem damit verbundenem Haushaltssicherungskonzept soll das Hermann-Weber-Bad eine Zukunft bekommen. **Jeder, der dem Haushalt 2013/2014 und dem Haushaltssicherungskonzept zustimmt, wird sich rühmen dürfen, das seine zum Erhalt unseres Schwimmbades beigetragen zu haben!**

Neben der Sanierung des Hermann-Weber-Bades ist **die Sanierung des Siegtal-Gymnasiums** der kostenträchtigste Bestandteil des Ergebnishaushaltes. Neben der Brandschutzsanierung ist auch die Dachsanierung des Altbauteils des Gymnasiums vorgesehen. Die Gesamtkosten für diese Maßnahmen belaufen sich auf 3,9 Mio. Euro und sollen von 2013 bis 2015 durchgeführt werden.

Zur Infrastruktur gehört auch der Hängesteg über die Sieg zwischen Halft und Alzenbach. Dieser ist ebenfalls sanierungsbedürftig. Bei der letzten Brückenprüfung wurden „Materialermüdungserscheinungen durch Schwingungsbelastung“ festgestellt. Von einer kurzfristigen Sperrung sah der Brückenprüfer nur deshalb ab, weil die Sanierung der Brücke durch den Doppelhaushalt 2013/2014 sicher gestellt werden sollte; also konkrete Maßnahmen in Angriff genommen werden. Der Haushaltsentwurf sieht nun zunächst in 2013 einen Betrag in Höhe von 40.000 Euro für Sofortmaßnahmen am Geländer vor. In 2014 soll die Planung der konkreten Sanierungsmaßnahmen beauftragt (40.000 Euro) und in 2015/2016 mit einem Gesamtaufwand von weiteren 240.000 Euro durchgeführt werden.

Für die **Straßenunterhaltung** sieht der vorgelegte Haushaltsentwurf eine Erhöhung der Mittel auf 100.000 Euro pro Jahr vor.

Entsprechend den gültigen Beschlüssen zum Brandschutzbedarfsplan und dessen Fortschreibung sollen die Planungen und der **Bau des Feuerwehrgerätehauses in Mühleip** angegangen werden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf insgesamt 360.000 Euro. **Der Neubau der zentralen Feuerwache ist im Anschluss an den Neubau des Bauhofes ab 2017 vorgesehen.**

Die Baumaßnahmen im Zuge des zweiten Bauabschnittes der „**Regionale 2010**“ sind als „Fortsetzungsmaßnahme“ im Sinne des § 82 Abs.1 der Gemeindeordnung anzusehen und Auftragserteilungen nicht an die Rechtskraft des Doppelhaushaltes 2013/2014 gebunden. Die Veranschlagung der Haushaltsmittel wurde entsprechend den absehbaren Zahlungsströmen angepasst; die Maßnahme ist ausreichend finanziert. In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir eine Anmerkung zur hin und wieder geführten Diskussion um den „**Siegbalkon**“. Natürlich lässt sich angesichts knapper Kassen trefflich darüber streiten, ob diese Einzelmaßnahme notwendig war. Da das Projekt „Regionale 2010“ glücklicherweise zu einem sehr großen Teil durch das Land NRW bezuschusst wurde, saß das Land auch mit am Planungstisch und hat dementsprechend seine städtebauliche Sicht der Dinge eingebracht. **Im Übrigen sehe ich im „Siegbalkon“ einen gut sichtbaren, markanten und gelungenen Abschluss der neu geschaffenen Wegebeziehung zwischen Bahnhof und Siegufer.**

Ziel 2: Verminderung von Standortnachteilen und strukturellen Problemen

Wir müssen feststellen, dass die Gemeinde Eitorf nach wie vor einige Standortnachteile hat, die im Wettbewerb mit Nachbarkommunen zu Nachteilen führen. Hierzu gehören verbesserungsbedürftige Verkehrsverbindungen, so wie die in Angriff genommene Versorgung des gesamten Gemeindegebietes mit schnellem Internet. Insofern ist es Aufgabe der Gremien und der Gemeindeverwaltung, trotz Haushaltssicherungskonzept die Verminderung oder sogar die Überwindung dieser Nachteile intensiv zu betreiben. Beispielhaft seien in diesem Zusammenhang genannt:

Schaffung besserer Bahnanbindungen (RE 9 / S 12).

Ausbau der P+R-Plätze am Bahnhof im Zuge der Regionale 2010.

Ausbau des DSL-Netzes in Eitorf.

Die jahrelange Bevölkerungszunahme der Gemeinde Eitorf ist ins Stocken geraten. Seit mehreren Jahren ist die Bevölkerungszahl stagnierend bis leicht rückläufig. Dies ist umso bemerkenswerter, als dass der Rhein-Sieg-Kreis insgesamt als Zuzugsgebiet gilt.

Die Gemeinde Eitorf ist sowohl als Wohn- wie auch als Arbeitsstandort weiter zu entwickeln. Hierzu gehören genügend freie und auch verfügbare Flächen für private und gewerbliche Bauvorhaben. Wo und in welcher Weise diese bereit gestellt werden, wird derzeit intensiv diskutiert. Der Weggang der Firma Natumi aus Eitorf nach Troisdorf sollte in diesem Zusammenhang ein warnendes Signal sein. **Ich favorisierte ein Gewerbegebiet im südlichen Gemeindegebiet in der Nähe der B 8 im Austausch des unter Artenschutz- und Verkehrsgesichtspunkten äußerst problematischen Gewerbegebietes Altebach II.** Das entsprechende Verfahren ist zeitaufwändig. U.a. müssen wir uns sorgsam mit den zahlreichen Anregungen der Bürgerinitiative gegen das Gewerbegebiet bei Lindscheid auseinandersetzen. Mit einer kurzfristigen Umsetzung bzw. Realsierung des Gewerbegebietes ist von daher nicht zu rechnen. Die Investitionsplanung zum vorgelegten Haushalt sieht planerisch und rein vorsorglich die Bereitstellung von entsprechenden Haushaltsmitteln vor, wenn auch in ferner Zukunft ab 2018.

Bzgl. des geplanten **Neubauggebietes Blumenhof** hoffen wir auf den Vertragsabschluss mit einem Investor, der Erschließung und Vermarktung des Areals übernehmen soll.

Zu einem attraktiven Wohnstandort gehört ein über die Grundversorgung hinausgehendes Warenangebot. Als vordringliche Aufgabe sehe ich es an, dies durch die Schaffung von entsprechenden Rahmenbedingungen positiv zu beeinflussen. Insofern wird weiterhin das Vorhaben „Konversion Schulgasse“ betrieben. Ziel ist die Bereitstellung von Einzelhandelsflächen durch die Auslagerung von Bauhof, Feuerwehr und Wasserwerksverwaltung. Erreichen werden wir dieses Ziel angesichts unserer finanziellen Möglichkeiten nicht sofort, ein wenig Geduld ist gefordert.

Ziel 3: Verbesserung der öffentlich-sozialen Strukturen für Kinder und Jugendliche

Seit vielen Jahren sind zunehmende Probleme im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe in Eitorf zu verzeichnen. Für die Jugendhilfe im Bereich der Gemeinde ist zuvorderst das Jugendamt des Rhein-Sieg-Kreises zuständig. Das Kreisjugendamt erlebte in den vergangenen 10 Jahren eine Erosion seiner Mitglieder.

Alle Städte des Rhein-Sieg-Kreises haben das Kreisjugendamt verlassen und eigene Jugendämter gegründet. Es handelte sich dabei durchweg um Nettozahler. Hierdurch verschärften sich die finanziellen Probleme der verbleibenden Gemeinden, auch für Eitorf. So kommt in diesem Jahr eine Jugendamtsumlage in Höhe von 6,4 Mio. Euro auf uns zu, was rechnerisch ziemlich genau dem auf Eitorf entfallenden Anteil aus der hier verdienten Einkommensteuer entspricht. Oder anders ausgedrückt: Statistisch entfällt auf jedes Eitorfer Kind im Alter von 0 bis einschließlich 17 Jahren **ein Betrag von 1.926 Euro!** Ein Ausweg aus dieser Lage ist nicht in Sicht, im Gegenteil, es muss mit weiter steigenden Kosten gerechnet werden.

Als Gemeinde möchten wir unseren Beitrag zum Gegensteuern leisten, z.B. durch:

- Erhalt der Vielfalt der Eitorfer Schullandschaft,
- Bewahrung des Angebotes im Jugendzentrum („Jugendcafe“) mit gemeindlichem Personal,
- Förderung der privat betriebenen Kindergärten,
- Schaffung und Erhalt von Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche (zum Beispiel am Siegauenplatz),
- Ausbau der Ganztags- und Übermittagsbetreuung von Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen der Gemeinde (Offene Ganztagschulen, Betreuungsangebote, Vermittlung von Betreuungskräften),
- Erhalt der Vereinsstrukturen der Gemeinde als wichtiger Bestandteil sozialer Strukturen für Kinder und Jugendliche in Eitorf.

Ziel 4: Ausgewogene Konsolidierungsbemühungen zwischen Einsparungen und Ertragssteigerungen

Nachdem die Gemeinde Eitorf bereits seit vielen Jahren ungezählte Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet und durchgeführt hat, sollen die neuen zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Sparmaßnahmen und Ertragssteigerungen haben, sowie auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein.

Eine sehr ambitionierte Sparrunde würde den letzten Rest an freiwilligen Leistungen der Gemeinde in Frage stellen. Andererseits müssen wir feststellen, dass das jetzige Leistungsniveau nicht zu halten ist. Insofern sollen Einsparungen genauso wie Ertragssteigerungen dazu beitragen, dass zum einen das Haushaltsdefizit abgebaut und zum anderen dringend erforderliche Infrastruktur erhalten werden kann. Dies möchte ich mit den beschriebenen Maßnahmen erreichen.

Richten wir nun einen Blick auf unsere Gemeindewerke:

Die bereits am 10.12.2012 einstimmig vom Rat verabschiedeten Wirtschaftspläne der Gemeindewerke sehen wieder Investitionen in erheblichem Umfang vor, nämlich in einer Größenordnung von 6 Mio. €. Neben Neubau- und Erneuerungsmaßnahmen im Wasserleitungsnetz sind auch wieder umfassende Kanalbau- und -erneuerungsarbeiten geplant. Erfreulich dabei: Die Gebühren bleiben 2013 stabil!

Zu den Betrieben im Einzelnen Folgendes:

Versorgungsbetrieb

Für 2013 rechnet die Betriebsleitung mit einem leicht über Null liegenden, also positiven Jahresergebnis. Allerdings ist diese Prognose mit dem Risiko einer rückwirkenden Preiserhöhung seitens des Wahnbachtalsperrenverbandes (WTV) für den Frischwasserbezug verbunden.

Zur Erhöhung der Versorgungssicherheit ist es auch in 2013 wieder nötig, das gewachsene und teils stark überalterte Leitungsnetz nach und nach zu erneuern, wenn auch Einzelinvestitionen ggf. zeitlich gestreckt werden.

Als Einzelmaßnahme von besonderem Gewicht hervorzuheben ist die Leitungserneuerung in der Asbacher Straße über eine Länge von knapp 1,6 km.

Der Landesbetrieb Straßen NRW plant bis 2016 eine umfassende Deckensanierung auf der L 86 zwischen Markt und Ortseingang Mühleip, so dass vorher die Leitungssanierungen abgeschlossen sein sollen.

Entsorgungsbetrieb

Gegenüber dem Vorjahr weist der Erfolgsplan des Entsorgungsbetriebes für 2013 bei per Saldo geringeren Umsatzerlösen und gleichzeitig höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen einen stark verringerten Jahresgewinn von 348.000 € (Vorjahr: 668.000 €) aus.

Das ungünstigere Jahresergebnis beruht u.a. auf einmaligen Belastungen (z.B. (geplante) Beratungskosten für ein zu stellendes Akkreditiv im Zusammenhang mit der abgeschlossenen Cross-Border-Lease-Transaktion sowie mit der Überprüfung des Generalentwässerungsplanes für die anstehende Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes).

Auch für 2013 ist eine Zahlung von Eigenkapitalzinsen an den Gemeindehaushalt vorgesehen.

Im Vermögensplan sind zwar Gesamtinvestitionen von rund 4,6 Mio. € vorgesehen. Aus technischen Gründen wird sich der Baubeginn des 6. Entlastungssammler-Abschnittes in der Bogestraße bis ins Frühjahr 2014 verschieben, so dass sich das Investitionsvolumen in 2013 um rund 0,6 Mio. € verringern wird. Vorgesehen sind u.a. nach dem Generalentwässerungsplan notwendige hydraulische Sanierungen des westlichen Teils der Mischkanalisation „Eichelkamp“ und Regenwasserbehandlungsmaßnahmen. Schon jetzt bitte ich die Eitorfer Bürgerinnen und Bürger um Verständnis für diese oftmals mit Behinderungen einhergehenden, aber notwendigen Baumaßnahmen.

Schlussbetrachtung:

Der Wind weht zusehends rauer. Wie Sie meinen Ausführungen entnehmen konnten, **tragen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Eitorf einen wesentlichen Teil zur Haushaltskonsolidierung bei.** Dafür sage ich allen Kolleginnen und Kollegen hier im Hause meinen persönlichen und ausdrücklichen **Dank!** Danke sage ich dabei auch im Namen der Ratsmitglieder und nicht zuletzt im Namen der Eitorfer Bürgerinnen und Bürger.

Damit unser Gemeinwesen auch weiterhin funktionieren kann, bedarf es wie in der Vergangenheit der tatkräftigen Mithilfe und des Engagements unserer Bevölkerung. Allen Menschen, die sich auf welche Weise auch immer für unser Gemeinwohl einsetzen, sage ich hier in unser aller Namen ganz herzlich Danke.

Ich denke z.B. an die Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich in Hilfsdiensten engagieren, im sozialen Bereich einbringen oder vielfältige Aufgaben im Naturschutz übernehmen. Besonders hervorheben möchte ich heute die Mitglieder unserer freiwilligen Feuerwehr. Ich freue mich, dass wir alle uns auf die Feuerwehrkameradinnen und -kameraden verlassen können, das gibt ein sehr beruhigendes Gefühl. **Wir wissen die breitgefächerten ehrenamtlichen Aktivitäten in unserer Gemeinde zu schätzen!**